

Bündnis 90 / Die Grünen

Ansprechpartner für Bildungspolitik bei Bündnis 90 / Die Grünen: Nils Wiechmann und Daniel Köbler

1. Finanzen / Beihilfe

a) Mit welchen Veränderungen im Rahmen der Besoldung und Versorgung haben wir zu rechnen, wenn Sie die Regierungsverantwortung übernehmen?

Antworten auf diese Frage werden sich in den Einkommensrunden der nächsten fünf Jahre entscheiden. Eine vorab gegebene Festlegung unseres grünen Landesverbands wäre nicht nur vermessen, weil wir sie auch bei der Beteiligung an einer Regierung – angesichts der vielen Beteiligten bei den Einkommensrunden – gar nicht sicher durchsetzen könnten. Sie entspräche zudem auch nicht unserer Auffassung, dass Tarif- und Besoldungsfragen in Verhandlungen von VertreterInnen der Arbeitgeberseite und der Beschäftigten auf gleicher Augenhöhe geregelt werden müssen.

b) Welche Maßnahmen planen Sie zur Anpassung der Entgelte der beschäftigten Lehrkräfte an die Beamtenbesoldung?

Für uns gilt das Prinzip: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – unabhängig von Schulformen und vom Modus des Arbeitsverhältnisses (BeamteR/AngestellteR). Bestehende Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung von Lehrkräften wollen wir abbauen.

c) Wie steht Ihre Partei zu einer leistungsbezogenen Besoldung?

Es gibt keine Beschlusslage unseres Landesverbands zur Stärkung oder zur Abschaffung leistungsbezogener Elemente bei der Besoldung bzw. Entlohnung von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst. Bundesweit setzen sich grüne Fraktionen tendenziell eher für die Einführung von Leistungskomponenten bei Einkommensregelungen im öffentlichen Sektor ein. Es gibt aber auch Gründe, gleiche Bezahlung für alle Beschäftigten vorzusehen, die mit ihrer Arbeit gleichwertige Aufgaben erfüllen. Wenn Aufgaben übernommen werden, die größere Ansprüche stellen und die Beschäftigten stärker belasten, kann eine höhere Bezahlung sinnvoll sein. Zudem kommen andere Anreize für stärker beanspruchende Tätigkeiten in Betracht – beispielsweise eine bessere Unterstützung der Lehrkräfte und vor Allem auch der Schulleitungen durch spezialisierte Fachkräfte bei Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeiten.

2. Berufsbeamtentum

Wie steht Ihre Partei zum Berufsbeamtentum für Lehrkräfte?

Da wir den Beamtenstatus auf den Kernbereich hoheitlicher Aufgaben begrenzen wollen, sollten unserer Meinung nach zukünftige Lehrerinnen und Lehrer Angestellte im öffentlichen Dienst sein.

3. Weiterbildung und Aufstieg

a) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für einen berufsbegleitenden Aufstieg der Lehrkräfte des gehobenen Dienstes (Fachlehrerinnen/Fachlehrer; Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis) in den höheren Dienst?

Möglichkeiten des Aufstiegs können ein Instrument sein, um zu der von uns schrittweise und langfristig angestrebten Angleichung der Bezahlung derzeit unterschiedlich eingestufte Lehrkräfte zu gelangen, die gleichwertige Arbeit verrichten.

b) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um an berufsbildenden Schulen die gesunkene Zahl der Beförderungsstellen nach A 14 wieder zu erhöhen?

Mit dieser Thematik hat sich der grüne Landesverband bislang noch nicht befasst, deshalb können wir hierzu keine Angaben machen.

c) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Verfahrensdauer bei der Besetzung von Funktionsstellen an den berufsbildenden Schulen und von Fachleiterstellen an den Studienseminaren zu verkürzen?

Wir halten es für sinnvoll, Besetzungsverfahren zu beschleunigen und die Vakanz notwendiger Positionen an Schulen und in Studienseminaren so kurz wie möglich zu halten, soweit dies den Landesbehörden mit rechtlich unangreifbaren Verfahrensregelungen möglich ist. Wenn die Verfahrensdauer dadurch verlängert wird, dass vielfach keine oder in der Gesamtschau zu wenig Bewerbungen vorliegen, dann muss die Attraktivität von Funktionsstellen erhöht werden.

4. Unterrichtsausfall / Nachwuchsgewinnung

a) Welche Konzepte hat Ihre Partei, um den hohen Unterrichtsausfall in den berufsbildenden Schulen abzubauen?

Den berufsbildenden Schulen müssen genug Stellen zugewiesen werden, um eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung gewährleisten zu können. Zudem muss genug qualifiziertes Personal gewonnen und ausgebildet werden, um als Lehrkraft in berufsbildenden Schulen tätig zu werden. Dazu muss die Tätigkeit als Lehrkraft an berufsbildenden Schulen attraktiver werden. Dies wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket erreichen, bei dem die Bezahlung und die Gesamtarbeitsbelastung der Lehrkräfte ebenso berücksichtigt werden muss wie auch die Angebote zur Fort- und Weiterbildung, die Ausstattung der berufsbildenden Schulen und die Rahmenbedingungen für den Unterricht in den verschiedenen Bildungsgängen.

b) Welche Pläne hat Ihre Partei für die kommende Legislaturperiode, um Lehrkräfte aus grundständigem Studium vor allem im gewerblich-technischen und hauswirtschaftlichen Bereich zu gewinnen?

Siehe Antworten zu 4a) und c).

c) Wie stehen Sie zu einer Erhöhung der Anwärterbezüge, um die Gewinnung von Lehrkräften attraktiver zu machen?

Grundsätzlich stehen wir einer Erhöhung der Anwärterbezüge positiv gegenüber, um zu verhindern, dass der Einstieg ins Lehramt zu einer finanziellen „Durststrecke“ mit einer besonders hohen Arbeitsbelastung wird, die bei einer Entscheidung für oder gegen die Laufbahn als Lehrkraft abschreckend wirkt.

5. Fachoberschule im Gebäude der Realschule plus

a) Wie steht Ihre Partei zur Einrichtung der Fachoberschule an der Schulart Realschule plus, obwohl sie gesetzlich verankerte Schulform der BBS ist?

Die Erweiterung der „Realschule plus“ um den Bildungsgang der Fachoberschule ist weder politisch noch pädagogisch durchdacht. Wenn die Fachoberschule aus dem System der beruflichen Bildung herausgenommen und durch die Angebote an Realschulen plus ersetzt würde, käme die vielfach geforderte Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung noch schlechter zum Tragen als bisher. Wenn die Fachoberschule an berufsbildenden Schulen und Realschulen plus gleichzeitig angeboten würde, könnten ineffiziente Doppelstrukturen entstehen.

b) Wie viele weitere Fachoberschulen planen Sie an Realschulen plus über die 12 bisher genehmigten Standorte hinaus?

Statt einer Ausweitung der Fachoberschulen an Realschulen plus wollen wir mehr Integrierte Gesamtschulen einrichten, die den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife anbieten. Die Fachoberschule wollen wir grundsätzlich den berufsbildenden Schulen zuordnen, um weitere Wege zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung für Schülerinnen und Schüler zu eröffnen, die nach

einem Schulabschluss ohne Hochschulzugangsberechtigung zunächst eine berufliche Ausbildung gewählt haben.

c) *Wie schätzt Ihre Partei die Auswirkungen der Einführung der Fachoberschule an den Realschulen plus auf die Vollzeitbildungsgänge der berufsbildenden Schulen ein?*

Die berufsbildenden Schulen werden durch die Errichtung von Parallelstrukturen an Realschulen plus tendenziell geschwächt. Es ist zu befürchten, dass entsprechende Angebote der berufsbildenden Schulen – auch bedingt durch sinkende SchülerInnenzahlen – künftig nicht mehr zustande kommen.

d) *In welcher Weise soll nach Meinung Ihrer Partei die rechtliche und personelle Anbindung der Fachoberschule an die berufsbildenden Schulen erfolgen?*

Mit dieser Thematik hat sich der grüne Landesverband bislang noch nicht befasst, deshalb können wir hierzu keine Angaben machen.

6. Fachklassenbildung

Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um Fachklassen und damit Ausbildungsplätze in ländlichen Regionen erhalten?

Mit dieser Frage sprechen Sie eine der größten schulpolitischen Herausforderungen für die kommenden Jahre an. Wichtig ist, dass die Kommunen ihre Aufgabe der Schulentwicklungsplanung gerade auch für den Bereich der berufsbildenden Schulen sehr ernst nehmen und durch die zuständigen Behörden des Landes bei der Schulentwicklungsplanung stärker unterstützt werden. Gerade die Schulentwicklungsplanung für die berufsbildenden Schulen muss über den Tellerrand der Grenzen von Kreisen und kreisfreien Städten hinausschauen, um eine optimale Bereitstellung von Bildungsangeboten im regionalen Zusammenhang zu leisten. Kommunen müssen Anreize erhalten, sich im regionalen Zusammenhang als Schulträger für gute, flächendeckende Angebote an berufsbildenden Schulen einzusetzen. Sie dürfen nicht durch die Pflicht zur Übernahme von Kosten für besondere Anstrengungen in diesem Bildungssegment bestraft werden – beispielsweise mit der Verantwortung für die für die Schülerbeförderung.

Ziel muss sein, kurze Wege zwischen dem Wohnort, den Ausbildungsstätten und schulischen Angeboten zu ermöglichen. Der Rückgang von SchülerInnenzahlen durch eine sich wandelnde Arbeitswelt und die demographische Entwicklung wird aber Zusammenfassungen und Zentralisierungen von Angeboten erforderlich machen, wenn Bildungsgänge an verschiedenen Standorten durch sinkende SchülerInnenzahlen nicht mehr zustande kommen.

7. Berufsvorbereitungsjahr und Berufsfachschule / Sozialpädagogische Betreuung

a) Mit welchen Maßnahmen bezüglich Personal, sozialpädagogischer Betreuung und Sachausstattung plant Ihre Partei, um die Situation im Berufsvorbereitungsjahr und der Berufsfachschule zu entschärfen?

Die Schulsozialarbeit und die sozialpädagogische Betreuung in Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen wollen wir deutlich ausweiten. Die bisherige Berufsfachschule I hat aufgrund ihrer Struktur ihre Ziele nicht erreicht und muss durch Angebote ersetzt werden, die den tatsächlichen Bedürfnissen der SchülerInnen besser gerecht werden. Vor allem für Jugendliche, die auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt sind, sollen an den berufsbildenden Schulen spezielle Förder- und Qualifizierungsprogramme angeboten werden. Diese sollen mit passenden Förder- und Bildungsangeboten die Erlangung der Ausbildungsreife unterstützen und mit Ausbildungsangeboten in Verantwortung der berufsbildenden Schulen die Qualifikation als Facharbeiterin und Facharbeiter vermitteln. Wichtig ist, die räumliche Situation und die Sachausstattung der berufsbildenden Schulen deutlich zu verbessern und hierfür mit Landesmitteln gezielt Anreize für die Kommunen als Schulträger zu setzen. Die Ausstattung der berufsbildenden Schulen muss – wo dies erforderlich ist – auf das Niveau schulischer Oberstufen und Hochschulen angehoben werden.

b) Welche konkreten Maßnahmen – z.B. bei der Sach- und Personalausstattung – wird Ihre Partei in der Legislaturperiode 2011-2016 ergreifen, um die sozialpädagogische Betreuung an den berufsbildenden Schulen spürbar zu verbessern und auszuweiten?

Wir streben an, die Kommunen als Schulträger zielgerichtet zu unterstützen, um die Ausstattung der berufsbildenden Schulen mit Fachkräften für die Schulsozialarbeit spürbar zu unterstützen. Zusätzlich muss geprüft werden, den berufsbildenden Schulen mehr entsprechende Stellen vonseiten des Landes zuzuweisen, soweit die sozialpädagogische Betreuung als integraler Bestandteil der schulischen Bildungsangebote etabliert werden muss. Wichtig ist auch, die berufsbildenden Schulen als soziale Orte zu entwickeln. Die Gestaltung der Schulhöfe muss für altersgerechte Aufenthaltsqualitäten verbessert werden. Berufsbildende Schulen sollten grundsätzlich mit einer Cafeteria ausgestattet werden, die als zentraler Ort für gemeinsames Verweilen und Begegnungen gestaltet werden soll.

8. Lehrerarbeitszeit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die dramatische Zunahme der außerunterrichtlichen Arbeitszeit angemessen in der Gesamtarbeitszeit der Lehrer berücksichtigt wird?

Die Arbeitszeit für LehrerInnen muss sich an der Arbeitszeit für Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst orientieren. Bei der Festlegung der Arbeitszeit darf nicht bloß auf die Unterrichtsverpflichtung abgestellt werden, sondern es muss die Gesamtarbeitsbelastung – auch durch außerunterrichtliche Arbeitszeiten – realitätsnah erfasst werden. Auch für Teilzeitmodelle muss die Orientierung an der tatsächlichen Gesamtarbeitsbelastung konsequent Anwendung finden.

9. Fortbildung

Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen durch rechtzeitige und angemessen ausgestattete Fortbildungsmöglichkeiten zu gewährleisten?

Die Aus- und Fortbildung aller Lehrkräfte muss qualitativ verbessert werden. Für uns stehen dabei Kompetenzen zur individuellen Förderung und im Umgang mit heterogenen Lerngruppen im Mittelpunkt. Dazu gehört ein verpflichtendes Modul „Interkulturelle Kompetenzen“. Ein weiterer Schwerpunkt sind Fortbildungsangebote zum Umgang mit den Belastungen des beruflichen Alltags. Speziell für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen müssen gezielte Fortbildungsangebote bereitgestellt werden, um Einblicke in veränderliche Bedingungen der Arbeitswelt wie beispielsweise bei Berufsbildern, Beschäftigungsbedingungen und Arbeitsprozessen regelmäßig zu aktualisieren.